Regierungsrätliche Jagdverordnung (RJV)

Vom 27. März 2007 (Stand 1. Juli 2026)

Gestützt auf Art. 38 des kantonalen Jagdgesetzes vom 4. Juni 1989[1)]

von der Regierung erlassen am 27. März 2007

1. Jagdpatente

Art. 1 Aufsicht und Information

[1] Die Patentausgabe erfolgt unter Aufsicht des Amtes für Jagd und Fischerei. Dieses erteilt den Patentausgabestellen die nötigen administrativen Weisungen und sorgt für eine angemessene Information der Jägerschaft.

Art. 2 Jagdpatentbüchlein

[1] Das Jagdpatentbüchlein ist persönlich und nicht übertragbar. Es enthält die Personalien, ein Passfoto sowie den Ausweis über die Waffenkontrolle und die Eignungsprüfung.

[2] Die Jagdpatentbüchlein werden in der Regel alle zehn Jahre überprüft und gegebenenfalls erneuert. Das Amt für Jagd und Fischerei ordnet die Überprüfung an. *****

Art. 3 Patentausgabestellen

[1] Jagdpatente können bei den vom Amt für Jagd und Fischerei bezeichneten Patentausgabestellen gelöst werden. *****

[2] Das Amt publiziert die Patentausgabestellen im Kantonsamtsblatt. *****

[3] … *****

Art. 3a * …

1) BR 740.000

***** Änderungstabellen am Schluss des Erlasses

Art. 4 Unterlagen

[1] Beim Bezug des Patentes hat die Jägerin oder der Jäger der Ausgabestelle Folgendes vorzuweisen: *

a) * …
b) * …
c) * das Jagdpatentbüchlein;
d) * den Ausweis über die gesetzliche Haftpflichtversicherung;
e) * den Nachweis, dass die Jagdwaffe persönlich eingeschossen und die Schiesspflicht erfüllt ist (Treffsicherheitsnachweis).

[1bis] … *

[1ter] Die Jägerin oder der Jäger bestätigt schriftlich, dass keine Verweigerungsgründe gemäss Artikel 7 des kantonalen Jagdgesetzes[2)] vorliegen. *

[2] Jägerinnen und Jäger, die zum Bezug eines Patentes nach Artikel 21a Absatz 1 Ziffer 1 oder Ziffer 2 des kantonalen Jagdgesetzes berechtigt sind, haben zusätzlich ihren gegenwärtigen oder früheren steuerrechtlichen Wohnsitz im Kanton Graubünden zu bestätigen. *

[3] Wird das Patent elektronisch gelöst, sind die Unterlagen und Bestätigungen gemäss den Bestimmungen der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr[3)] in elektronischer Form einzureichen. *

Art. 5 Überprüfung der Angaben

[1] Besteht begründeter Verdacht, dass die Angaben nicht stimmen, können die Patentausgabestellen die Einreichung weiterer Unterlagen verlangen. Bis zur Klärung des Sachverhalts wird die Abgabe des Patentes oder der Gästekarte verweigert. *

[2] Auf Gesuch der Betroffenen erlässt das Amt für Jagd und Fischerei eine Verfügung über das Vorliegen der Patentbezugsvoraussetzungen (Feststellungsverfügung).

Art. 6 * …

Art. 6a * Gästekarte

[1] Die Regierung regelt die Einzelheiten über die Gästekarte in den Jagdbetriebsvorschriften.

2) BR 740.000
3) BR 370.130

2. Jagdwaffen

Art. 7 Waffenkontrolle
1. Aufsicht und Haftpflichtversicherung

[1] Die Aufsicht über die Waffenkontrolle obliegt dem Amt für Jagd und Fischerei. Es bezeichnet die zur Kontrolle ermächtigten Personen und erlässt die nötigen Weisungen.

[2] Für die Durchführung der Waffenkontrolle schliesst der Kanton eine entsprechende Haftpflichtversicherung ab.

Art. 8 2. Kontrolle und Eintrag im Jagdpatentbüchlein

[1] Für den Jagdgebrauch bestimmte Waffen müssen einwandfrei funktionieren und gesichert beziehungsweise entspannt werden können. Vor deren Verwendung müssen sie kontrolliert und im Jagdpatentbüchlein der Jägerin oder des Jägers eingetragen werden.

[2] … *

Art. 9 Aufbewahren von Jagdwaffen

[1] Die Jägerin oder der Jäger hat beim Verlassen des Jagdgebietes die Jagdwaffe mitzunehmen.

[2] Ausserhalb der Jagdzeit dürfen Jagdwaffen und Wildfallen nicht im Jagdgebiet aufbewahrt werden.

3. Motorfahrzeuge und öffentliche Verkehrsmittel

Art. 10 * …

Art. 11 * …

Art. 12 * …

Art. 12a * …

Art. 13 * …

Art. 14 * …

4. Hilfsmittel

Art. 15 * …

Art. 16 * …

Art. 17 * …

Art. 18 * …

Art. 19 Ausnahmebewilligungen

[1] Ausnahmebewilligungen gemäss Artikel 3 Absatz 1 der eidgenössischen Jagdverordnung[4)] erteilt das Amt für Jagd und Fischerei. Dieses führt auch die Liste der berechtigten Personen.

5. Ausübung der Jagd

Art. 20 * …

Art. 20a * …

Art. 21 Verhalten nach dem Schuss

[1] Nach dem Schuss sind Verhalten und Fluchtweg des Tieres genau zu beobachten. Liegt das Wild nicht im Feuer, ist der eigene Standort und der Anschussort des Wildes zu kennzeichnen. Am Schussort ist vorsichtig nach Pirschzeichen zu suchen. Sind die Pirschzeichen ungünstig für das Auffinden des Tieres, ist ein Schweisshund anzufordern. *

Art. 22 Eigentum an der Beute

[1] Wird Wild von mehreren Personen beschossen, gehört es der Jägerin oder dem Jäger, welche oder welcher den ersten tödlichen Schuss anbrachte.

[2] Wird Wild bei der Ausübung der Jagd mit Jagdhunden von nicht beteiligten Jägerinnen oder Jägern erlegt, gehört es dem Hundeführer. Den Eintrag in die Abschussliste hat die Erlegerin oder der Erleger vorzunehmen.

[3] Bei Nachsuchen erlischt das Recht auf die Beute erst, wenn die Suche aufgegeben wird.

---

4) SR 922.01

Art. 23 Nachsuche
1. Wildschutzgebiete

[1] Wechselt angeschossenes Wild in ein Wildschutzgebiet und verendet in Sichtweite, darf die Jägerin oder der Jäger das Schutzgebiet betreten und das Wild an Ort aufbrechen und versorgen. Vor dem Abtransport der Beute ist die Wildhut zu benachrichtigen.

[2] Verendet das Wild nicht in Sichtweite, hat die Schützin oder der Schütze nebst dem eigenen Standort und dem Anschussort des Wildes auch den Ort des Zutrittes in das Schutzgebiet kenntlich zu machen. Die Nachsuche darf erst mit Zustimmung der Wildhut aufgenommen werden.

Art. 24 2. Schweizerischer Nationalpark

[1] Wechselt angeschossenes Wild in den Schweizerischen Nationalpark, ist die Parkdirektion zu benachrichtigen. Das Betreten des Parkes oder die Nachsuche darf erst nach deren Zustimmung erfolgen.

6. Wildschutz, Selbsthilfemassnahmen, Abschuss- und Fangprämien

Art. 25 Schutz des Wildes vor Störungen

[1] Das Verwenden von Suchlampen, Halogenlampen, Scheinwerfern und ähnlichen künstlichen Lichtquellen zum Aufsuchen und Beobachten von Wild sowie zum Suchen von Abwurfstangen ist ganzjährig verboten. *****

Art. 26 Krankes und verletztes Wild, Fallwild

[1] Kranke oder verletzte Wildtiere sowie Fallwild sind unverzüglich der Wildhut zu melden.

Art. 27 Präparation von geschützten Tieren

[1] Wer Tiere geschützter Arten präparieren will, muss sich beim Amt für Jagd und Fischerei registrieren lassen.

[2] Meldungen zur Präparation der in Artikel 5 Absatz 3 der eidgenössischen Jagdverordnung[5)] aufgeführten geschützten Arten sind ebenfalls dem Amt zu erstatten.

Art. 28 Markierung wildlebender Säugetiere und Vögel

[1] Die Bewilligung zur Markierung jagdbarer Säugetiere und Vögel wird vom Amt für Jagd und Fischerei erteilt.

[5)] SR 922.01

[2] Das Amt äussert sich gegenüber den zuständigen Bundesbehörden auch zur Markierung geschützter Säugetiere und Vögel.

Art. 29 Selbsthilfemassnahmen

[1] Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer sowie Pächterinnen und Pächter dürfen nach vorgängiger Orientierung der Wildhut Füchse, Dachse und Marder einfangen oder erlegen, wenn diese zu Wohn- oder Wirtschaftsgebäuden vordringen oder in diese eindringen. *

[2] Ringeltauben, Türkentauben, Amseln, Eichelhäher, Elstern, Raben- und Nebelkrähen, Kolkraben sowie Stare dürfen nur eingefangen oder erlegt werden, wenn dies zum Schutz von Hausgärten oder landwirtschaftlichen Kulturen notwendig ist. *

[3] Eingefangene oder erlegte Tiere sind umgehend dem zuständigen Wildhüter zu melden. *

Art. 30 Abschuss- und Fangprämien

[1] Die Gemeinden können für den Abschuss von Dachsen, Füchsen sowie Edel- und Steinmardern Prämien entrichten. *

[2] Sie regeln die Voraussetzungen für die Gewährung der Abschuss- und Fangprämien und führen die hierfür notwendige Kontrolle über die getätigten Abschüsse und Fänge.

7. Jagdpolizei

Art. 31 Stellung der amtlichen Jagdaufsichtsorgane

[1] Die Aufgaben und Befugnisse der Jagdaufsichtsorgane gemäss Artikel 44 Absatz 1 des kantonalen Jagdgesetzes[6)] richten sich nach der Strafprozessordnung[7)] und der kantonalen Einführungsgesetzgebung[8)]. *

[2] Die Jagdaufsichtsorgane haben namentlich alle ihnen zur Kenntnis gelangenden Widerhandlungen gegen die Jagdgesetzgebung anzuzeigen, bei Verdacht einer strafbaren Handlung die ersten Erhebungen vorzunehmen, die Spuren der Tat festzustellen und zu sichern sowie alle dringlichen Massnahmen zu treffen, um die Täterin oder den Täter zu ermitteln.

[3] Sie sind insbesondere berechtigt, sich die Jagdausweise vorweisen zu lassen, Fahrzeuge zu kontrollieren, Rucksäcke, Weidtaschen und Transportmittel zu untersuchen sowie widerrechtlich erlegtes Wild und widerrechtlich verwendete Waffen, Jagdgeräte und Hilfsmittel sicherzustellen.

---

6) BR 740.000
7) SR 312.0
8) BR 350.100

Art. 32 Wildernde Hunde

[1] Hunde, die sich unbeaufsichtigt in den Wildeinständen herumtreiben und Wildspuren aufnehmen, Wild verfolgen, Wild hetzen oder reissen, gelten als wildernde Hunde.

[2] Hunde dürfen nur von Wildhütern erlegt werden, wenn sie Wild gerissen oder wiederholt gewildert haben. *****

Art. 32a * Abwurfstangen und Trophäen von aufgefundenem Fallwild

[1] Unrechtmässig angeeignete Abwurfstangen oder Trophäen von aufgefundenem Fallwild werden durch die Jagdaufsichtsorgane eingezogen und verfallen dem Kanton.

Art. 33 Selbstanzeige

[1] Eine Selbstanzeige im Sinne von Artikel 15 Absatz 3 des kantonalen Jagdgesetzes[9)] liegt vor, wenn die Jägerin oder der Jäger diesen Willen durch entsprechendes Verhalten bekundet. Der Abschuss ist sofort mit dem Vermerk „Anzeige“ in die Abschussliste einzutragen, das Wild ordnungsgemäss aufzubrechen und die Anzeige unverzüglich der Wildhut zu erstatten.

[2] Bestehen Zweifel an der Jagdbarkeit des erlegten Tieres, ist der Abschuss mit dem Vermerk „Kontrolle“ in die Abschussliste einzutragen. Im Übrigen gilt Absatz 1 dieser Bestimmung.

Art. 34 Beurteilung der Jagdbarkeit
1. Gutachten

[1] Beurteilt die Wildhut erlegtes Wild als nicht jagdbar und wird dieser Entscheid nicht anerkannt, holt das Amt für Jagd und Fischerei auf schriftliches Ersuchen der Jägerin oder des Jägers ein Gutachten ein.

Art. 35 2. Kosten

[1] Wird das Wild als jagdbar beurteilt, trägt der Kanton die Kosten für die Erstellung des Gutachtens.

[2] Ist das Wild laut Gutachten widerrechtlich erlegt worden und wird dieses Ergebnis anerkannt, hat die Jägerin oder der Jäger die Kosten zu übernehmen.

[3] Erfolgt die Beurteilung der Jagdbarkeit durch eine richterliche Instanz, befindet diese über die Überbindung der Kosten.

Art. 36 Wertersatz

[1] Der Wertersatz bei Vergehen gemäss Artikel 52 des kantonalen Jagdgesetzes[10)] wird durch die Strafbehörde festgelegt. *****

9) BR 740.000
10) BR 740.000

[2] Ist widerrechtlich erlegtes Wild aufgrund einer strafbaren Handlung bereits verwertet worden oder kann dieses aus anderen Gründen nicht beigebracht werden, ist der Wert eines gleichwertigen, lebenden Tieres zu bezahlen.

8. Schlussbestimmungen

Art. 37 Aufhebung bisherigen Rechts

[1] Die Ausführungsbestimmungen zum kantonalen Jagdgesetz vom 19. März 1990[11)] werden aufgehoben.

Art. 38 Inkrafttreten

[1] Diese Verordnung tritt am 1. Juni 2007 in Kraft.

[11)] AGS 1990, 2274 und Änderungen gemäss AGS 1994, 3057; AGS 1995, 3270; AGS 1996, 3775; AGS 1998, 4143; AGS 1998, 4284 und AGS KA 2004, 2780

Änderungstabelle - Nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung	AGS Fundstelle
27.03.2007	01.06.2007	Erlass	Erstfassung	-
17.11.2009	01.01.2010	Art. 3 Abs. 1	geändert	-
17.11.2009	01.01.2010	Art. 3 Abs. 2	geändert	-
17.11.2009	01.01.2010	Art. 13 Abs. 1	geändert	-
09.11.2010	01.01.2011	Art. 3 Abs. 3	aufgehoben	-
21.12.2010	01.01.2011	Art. 31 Abs. 1	geändert	2010, 4816
05.07.2011	01.08.2011	Art. 12 Abs. 1	geändert	-
01.04.2014	01.06.2014	Art. 20a	eingefügt	-
20.01.2015	01.03.2015	Art. 4 Abs. 1	geändert	2015-010
20.01.2015	01.03.2015	Art. 4 Abs. 1, a)	aufgehoben	2015-010
20.01.2015	01.03.2015	Art. 4 Abs. 1, b)	aufgehoben	2015-010
20.01.2015	01.03.2015	Art. 4 Abs. 3	eingefügt	2015-010
25.04.2017	15.06.2017	Art. 3a	eingefügt	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 4 Abs. 1bis	eingefügt	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 6 Abs. 2	eingefügt	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 12 Abs. 1	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 12a	eingefügt	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 15 Abs. 1	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 29 Abs. 3	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 30 Abs. 1	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 32 Abs. 2	geändert	2017-015
25.04.2017	15.06.2017	Art. 36 Abs. 1	geändert	2017-015
15.08.2017	01.09.2017	Art. 3a	aufgehoben	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 4 Abs. 1bis	aufgehoben	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 5 Abs. 1	geändert	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 6 Abs. 2	aufgehoben	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 6a	eingefügt	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 12 Abs. 1	geändert	2017-031
15.08.2017	01.09.2017	Art. 12a	aufgehoben	2017-031
08.04.2025	01.05.2025	Art. 8 Abs. 2	aufgehoben	2025-029
08.04.2025	01.05.2025	Art. 21 Abs. 1	geändert	2025-029
30.06.2026	01.07.2026	Art. 2 Abs. 2	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 1	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 1, c)	eingefügt	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 1, d)	eingefügt	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 1, e)	eingefügt	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 1ter	eingefügt	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 2	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 4 Abs. 3	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 6	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 10	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 11	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 12	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 13	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 14	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 15	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 16	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 17	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 18	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 20	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 20a	aufgehoben	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 25 Abs. 1	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 29 Abs. 1	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 29 Abs. 2	geändert	2026-019
30.06.2026	01.07.2026	Art. 32a	eingefügt	2026-019

Änderungstabelle - Nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung	AGS Fundstelle
Erlass	27.03.2007	01.06.2007	Erstfassung	-
Art. 2 Abs. 2	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 3 Abs. 1	17.11.2009	01.01.2010	geändert	-
Art. 3 Abs. 2	17.11.2009	01.01.2010	geändert	-
Art. 3 Abs. 3	09.11.2010	01.01.2011	aufgehoben	-
Art. 3a	25.04.2017	15.06.2017	eingefügt	2017-015
Art. 3a	15.08.2017	01.09.2017	aufgehoben	2017-031
Art. 4 Abs. 1	20.01.2015	01.03.2015	geändert	2015-010
Art. 4 Abs. 1	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 4 Abs. 1, a)	20.01.2015	01.03.2015	aufgehoben	2015-010
Art. 4 Abs. 1, b)	20.01.2015	01.03.2015	aufgehoben	2015-010
Art. 4 Abs. 1, c)	30.06.2026	01.07.2026	eingefügt	2026-019
Art. 4 Abs. 1, d)	30.06.2026	01.07.2026	eingefügt	2026-019
Art. 4 Abs. 1, e)	30.06.2026	01.07.2026	eingefügt	2026-019
Art. 4 Abs. 1bis	25.04.2017	15.06.2017	eingefügt	2017-015
Art. 4 Abs. 1bis	15.08.2017	01.09.2017	aufgehoben	2017-031
Art. 4 Abs. 1ter	30.06.2026	01.07.2026	eingefügt	2026-019
Art. 4 Abs. 2	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 4 Abs. 3	20.01.2015	01.03.2015	eingefügt	2015-010
Art. 4 Abs. 3	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 5 Abs. 1	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 5 Abs. 1	15.08.2017	01.09.2017	geändert	2017-031
Art. 6	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 6 Abs. 2	25.04.2017	15.06.2017	eingefügt	2017-015
Art. 6 Abs. 2	15.08.2017	01.09.2017	aufgehoben	2017-031
Art. 6a	15.08.2017	01.09.2017	eingefügt	2017-031
Art. 8 Abs. 2	08.04.2025	01.05.2025	aufgehoben	2025-029
Art. 10	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 11	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 12	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 12 Abs. 1	05.07.2011	01.08.2011	geändert	-
Art. 12 Abs. 1	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 12 Abs. 1	15.08.2017	01.09.2017	geändert	2017-031
Art. 12a	25.04.2017	15.06.2017	eingefügt	2017-015
Art. 12a	15.08.2017	01.09.2017	aufgehoben	2017-031
Art. 13	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 13 Abs. 1	17.11.2009	01.01.2010	geändert	-
Art. 14	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 15	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 15 Abs. 1	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 16	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 17	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 18	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 20	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 20a	01.04.2014	01.06.2014	eingefügt	-
Art. 20a	30.06.2026	01.07.2026	aufgehoben	2026-019
Art. 21 Abs. 1	08.04.2025	01.05.2025	geändert	2025-029
Art. 25 Abs. 1	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 29 Abs. 1	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 29 Abs. 2	30.06.2026	01.07.2026	geändert	2026-019
Art. 29 Abs. 3	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 30 Abs. 1	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 31 Abs. 1	21.12.2010	01.01.2011	geändert	2010, 4816
Art. 32 Abs. 2	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015
Art. 32a	30.06.2026	01.07.2026	eingefügt	2026-019
Art. 36 Abs. 1	25.04.2017	15.06.2017	geändert	2017-015